



Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

Selbstbefassung

—

Folgen der angespannten Lage bei der Versorgung mit Öl, Gas und Strom für die neuen Bundesländer

Dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus liegt der Antrag der Fraktion der CDU vom 22.07.2022 vor, das oben genannte Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses im Rahmen der Selbstbefassung **gemäß § 14 Abs. 3 GO.LT** zu behandeln.

Petra Gaertner
Ausschussdienst

Bereitstellung im AIS/SIS/RIS

Landtag von Sachsen-Anhalt
Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
Herrn Vorsitzenden Lars-Jörn Zimmer MdL

– im Hause –

Magdeburg, 22. Juli

2022

Antrag auf Selbstbefassung gemäß § 14 Abs. 3 Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr Zimmer,

die Fraktion der CDU im Landtag Sachsen-Anhalt beantragt gemäß § 14 Abs. 3 der Geschäftsordnung, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus das Thema:

„Folgen der angespannten Lage bei der Versorgung mit Öl, Gas und Strom für die neuen Bundesländer“

in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Begründung:

Die deutsche Abhängigkeit von Gas und Öl aus Russland hat sich durch den Ukraine- Krieg deutlich verschärft. Experten und Teile der Bundesregierung warnten bereits zum Jahreswechsel vor dramatischen Versorgungsengpässen. Dies hätte vor allem für die neuen Bundesländer nachhaltig negative Folgen, da die Versorgung weitgehend über russisches Öl und Gas erfolgt. Der Bundeswirtschaftsminister hat dies erkannt, aber bisher außer Ankündigungen, Versprechungen und Hinweisen zum Energiesparen keine konkreten Lösungen benannt.

Angesichts der bedrohlichen Lage für die Arbeitsplätze in der Industrie, aber auch für Mittelstand und Handwerk ist der Bundeswirtschaftsminister aufgefordert, endlich zu handeln. Duschtipps, gesetzliche Mindesttemperaturen in Wohnzimmern, Stromsparen oder Tempolimits auf Autobahnen sind keine nachhaltigen Lösungsmöglichkeiten, um der durch den Ukraine-Krieg bedingten Knappheit von Gas und Öl sinnvoll zu begegnen. Vielmehr muss die deutsche Energiepolitik jetzt rasch und ohne Tabus diversifiziert werden. Dies gilt für den weiteren Ausbau regenerativer Energien, für die Laufzeiten der Atomkraftwerke, für die Nutzung der

grundlastfähigen Braunkohle zur Energiegewinnung, für die Möglichkeit der Schiefergas- und Schieferölgewinnung in Deutschland sowie für die finanzielle Förderung CO₂ armer Treibstoffe.

Angesichts der komplexen Fragestellungen beantragt die CDU-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus ein Fachgespräch zur Energiesituation in den neuen Bundesländern. Im Mittelpunkt sollen Fragen der Versorgungssicherheit und Preisstabilität, aber auch Fragen einer möglichen Verteuerung von Strom durch den weiteren Ausbau und die Finanzierung regenerativer Energien stehen. Darüber hinaus gilt es, die Folgen steigender Preise und knapper Ressourcen für die Arbeitsplatzsicherung und den sozialen Frieden in der Gesellschaft zu besprechen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Thomas MdL
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Wirtschaft und Tourismus